

5. Wasserstoffstrategie für den Kanton Zürich

Antrag des Regierungsrates vom 6. Dezember 2023 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 26. November 2024

KR-Nr. 385a/2021

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt: Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, eine Wasserstoffstrategie für den Kanton Zürich auszuarbeiten. Dabei sollten die Potenziale dieser Technologie wie auch die damit zusammenhängenden Infrastrukturfragen, also Tankstellen und Verteilnetze, beleuchtet werden. Der Regierungsrat führt in seinem Bericht aus, dass die Wasserstoffwirtschaft erst am Anfang stehe, es sei davon auszugehen, dass erst nach 2035 ein Markt für Wasserstoff entstehe. Nichtsdestotrotz ist das Thema heute bereits sehr präsent. Wasserstoff wird international als wichtiges Element der Dekarbonisierung erachtet. Europa zum Beispiel verfügt seit 2020 über eine Wasserstoffstrategie. In der Schweiz sehen alle Szenarien zur Erreichung von Netto-Null Treibhausgasemissionen bis 2050 Wasserstoffanwendungen vor, je nach Szenario mit benötigten Mengen zwischen 3 und 16 Terrawattstunden, wobei immer ein Grossteil des Wasserstoffes importiert wird.

National wurde und wird deshalb viel unternommen, um günstige Rahmenbedingungen für die Nutzung von Wasserstoff zu setzen. Auch kantonale laufen bereits Programme zur Förderung von – unter anderem – Wasserstoff. So werden im Rahmen des Förderprogramms «Infrastruktur für CO₂-arme Mobilität» bis zu vier Wasserstoff-Pilot-Anlagen mit 30 Prozent der Investitionskosten unterstützt. Und mit dem Rahmenkredit 2022 bis 2026 für Subventionen im Energiebereich stehen insgesamt 13,5 Millionen Franken für die Unterstützung von Pilotprojekten zur Unterstützung der Markteinführung neuer Verfahren und Technologien bereit. Das betrifft auch den Wasserstoff. Zudem setzt sich der Kanton auch national für das Thema ein. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt einstimmig, das Postulat abzuschreiben.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Es gibt für die Anwendung von Wasserstoff und deren Derivate einen breiten Konsens. Es muss eine Dekarbonisierung der heutigen fossilen Produktion von Wasserstoff vorangetrieben werden, und Wasserstoff soll dort gebraucht werden, wo es kaum Alternativen dazu gibt. Kaum Alternativen gibt es bei der Düngerproduktion, bei der Dekarbonisierung der Industrie, in Ausnahmefällen für die Schwer- und Langdistanzmobilität und zur langfristigen Speicherung von Elektrizität. Kein Konsens aber gibt es, ob es sinnvoll ist, Wasserstoff für normale Autos zu verwenden und für den Ersatz von Erdgas zu Heizzwecken. Wir sagen, für diese Anwendungszwecke ist Wasserstoff mindestens im Moment viel zu wertvoll und schlussendlich auch ineffizient. Vieles rund um Wasserstoff bleibt aber noch unklar. Wie sollen die benötigten Men-

gen an Wasserstoff produziert werden? Wohl kaum in der Schweiz – die Geschwindigkeit des Markthochlaufs, die Importmöglichkeiten oder der Anschluss an den European Hydrogen Backbone, um nur einige ungelöste Probleme zu nennen.

Die Energieversorgung ist aber primär Sache der Energiewirtschaft. Der Bund und die Kantone sorgen für die Rahmenbedingung. Vieles im Falle von Wasserstoff an Rahmenbedingungen ist klar Sache des Bundes, zum Beispiel die Rohrleitungssicherheitsverordnung – schöner Name –, eine nationale Wasserstoffstrategie und internationale Vereinbarungen zu treffen. Dem Kanton bleibt zum Beispiel die Unterstützung des Ausbaus der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, der Kauf von entsprechenden Wasserstoffgeräten, die Förderung von Projekten zur Herstellung und Verwendung von Wasserstoff. Vieles des hier Vorgetragen kommt im vom Regierungsrat vorgelegten Bericht vor. Zugebenermassen ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Unser Postulat forderte eine breite Auslegeordnung zum Thema Wasserstoff. Verschiedene Aspekte sollten – und sie wurden – auch im Rahmen der Forderungen aufgegriffen. Wir danken der Regierung für den umfassenden Bericht. Zu den verschiedenen Aspekten, welche uns interessierten, gehörten das Aufzeigen der Potenziale auf Produktions- und Anwendungsseite als Speichermedium und/oder für die Mobilität, Anforderungen an die Infrastruktur, Rolle von Wasserstoff bei der Dekarbonisierung, aber auch Finanzierungs- und Regulierungsaspekte.

Die Regierung hat diese Fragen aufgegriffen und in einen breiteren Kontext gestellt. Sie äussert sich zu weltweiter Verwendung und Herstellung, zu Typen von Wasserstoff, Derivaten von Wasserstoff und eben auch umfassend zu internationalen Entwicklungen. In der Schweiz, das ist uns auch klar, ist natürlich der Bund federführend. Er verfügt seit einigen Monaten über eine Wasserstoffstrategie. Als spannend darf in der Berichtslegung sicherlich die umfassende Regulierungsfrage bezeichnet werden; das reicht vom Gasversorgungsgesetz über das Stromgesetz bis hin zur Rohrleitungsverordnung und Rohrleitungssicherheitsverordnung. Mit der Regierung sind wir einverstanden, dass Wasserstoff und seine Derivate eine Rolle bei der dekarbonisierten Energieversorgung spielen kann. Insbesondere aber sollte an der Speicherfrage weitergedacht werden, auch wenn die Geschwindigkeit natürlich des Markthochlaufes noch unklar ist. Auch die von der Regierung ausgeschlossenen Anwendungen betrachten wir kritisch, weniger beim Auto als eben beim Gasnetz. Hier sollte auch der Gedanke an die Wertigkeit und die Wiederverwendung des gebauten Gasnetzes einer immer noch funktionalen Infrastruktur hineinspielen. Die Kreislaufwirtschaft lässt grüssen. Wir schreiben ab.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Die Grünen danken dem Regierungsrat für seinen Bericht und schreiben diesen ab. Nach dem Bericht des Regierungsrates ist am 13. Dezember letzten Jahres auch die Wasserstoffstrategie des Bundes auf-

gelegt worden. Die Grünen geben folgendes zu bedenken, wenn es um Wasserstoff geht: Nur grüner Wasserstoff ist guter Wasserstoff, also nur Wasserstoff, der aus überschüssiger erneuerbarer Energie stammt, ist guter Wasserstoff.

Wasserstoff und auch der überschüssige Strom sind in vielen Szenarien schon x-mal verkauft und eingeplant. Deshalb soll grüner Wasserstoff vor allem dort eingesetzt werden, wo er nicht ersetzt werden kann, zum Beispiel bei Hochtemperaturprozessen in der Industrie. Eine landgebundene Mobilität mit Wasserstoff sehen wir sehr kritisch. Aktuell zeichnet sich ab, dass sich die Batterientechnologie so schnell entwickelt, dass sich diese auch für den Schwerverkehr durchsetzen wird.

Ein schweizerischer Alleingang ist nicht finanzierbar und wirtschaftlich nicht sinnvoll. Es braucht einen Anschluss an die europäische Wasserstoffinfrastruktur. In der Schweiz grünen Wasserstoff zu erzeugen, wird wohl eine grosse Herausforderung, da in vielen Fällen wohl zu wenig häufig überschüssiger Strom vorhanden ist, damit Elektrolyseure ausgelastet werden können. Wir sind mit dem Bund einig, dass der Schweizer Wasserstoffmarkt über ein Monitoring beobachtet werden muss und dass die inländische Wasserstoffproduktion beziehungsweise Speicherung in den kommenden Jahren durch das Klima und im Innovationsgesetz gefördert werden soll.

Ratspräsident Jürg Sulser: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet. Das Postulat ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.